Bezugspreis: Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 3.30. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr ℳ 3.30, im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 3.40 und 30 ₰ Postbestellgeld.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 ₰, außerhalb des Bezirks 25 ₰, bei Auskunftserteilung durch die Geschäftsstelle 30 ₰ extra. Reklame-Zeile 50 ₰. Bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird.

Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4. Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 172. | Neuenbürg, Montag den 28. Juli 1919. | 77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 26. Juli. Wie erinnerlich hatte s. Zt. der Landtagspräsident Keil im Verlauf einer Landtagsdebatte auf ein Präsidentengehalt verzichtet. Nunmehr hat sich der Finanzausschuß nochmals mit dieser Angelegenheit befaßt und beschlossen, den Landtagspräsidenten zu bitten, den Verzicht zurückzunehmen. Ein veränderter Entschluß des Präsidenten könne als angemessen und berechtigt erscheinen, da sich die Verhältnisse vollständig verändert hätten.

Stuttgart, 26. Jul. Nach der Antwort, die das Kriegsministerium auf eine Anfrage der Abg. Bazille und Gen. erteilt hat, wird die Verleihung des eisernen Kreuzes für Kriegsverdienste auch in Württemberg nach den bisherigen Grundsätzen und Bestimmungen wieder erfolgen.

Ludwigshafen, 25. Juli. Der Kommandeur der marokkanischen Division, General Daugan, hat angeordnet, daß sämtliche Strafen, die gegen die Verstöße der Brückenpasserordnung begangen wurden, wie Uebertretungen von Passiervorschriften, Schmuggeln von Lebensmitteln usw. zur Erinnerung an das französische Nationalfest erlassen werden.

Frankfurt, 26. Juli. Unter dem Titel „Zusammenbruch" hat die „Frankfurter Zeitung" kürzlich eine Darstellung des Widerstands gegeben, den die Oberste Heeresleitung im Spätsommer 1918 der Eröffnung einer entschlossenen Friedenspolitik entgegensetzte. Dabei hatte das Blatt geschildert, wie Vizekanzler Payer zusammen mit Staatssekretär Hintze bemüht gewesen sei, einen letzten Ausweg aus der Katastrophe zu finden. Das Blatt hatte dabei auch auf einem Besuch Payers im Hauptquartier hingewiesen und dabei ausgesprochen, daß Payer damals auf starken Widerstand bei Ludendorff gestoßen sei. Payer bittet die „Frankfurter Zeitung" jetzt festzustellen, daß Ludendorff eine prinzipielle Geneigtheit zu einer Verständigung sofort zu erkennen gegeben habe; nur über die Fassung des Verzichts auf Belgien habe es unter den Beteiligten große Schwierigkeiten gegeben, die allerdings nicht so groß gewesen seien, daß Payer sich veranlaßt gesehen hätte, dem Reichskanzler mit seinem Rücktritt zu drohen.

Weimar, 26. Juli. Ueber den Gang der Pariser Wirtschaftsverhandlungen liegt bisher nur ein Bericht des Legationsrats von Lersner vor. Die Entente stellt die Forderung auf ungefähr 17 Millionen Tonnen Kohlen, deren Lieferung auf 10 Monate verteilt werden soll, sodaß auf den Monat deutscherseits 1,7 Millionen Tonnen zu liefern wären. Das Kabinett beschäftigt sich bereits mit der Frage.

Berlin, 26. Juli. Der Ausschuß der Nationalversammlung für Volkswirtschaft nahm einen Antrag Dr. Hugo an, demzufolge die Einfuhr von Rohgummi und Halbfabrikate für die Gummiindustrie, sowie die Ausfuhr von Gummifabrikaten freizugeben, die Beschlagnahme des Rohgummis aufzuheben ist. — Eine in Düsseldorf gehaltene Konferenz ergab keine Neigung für die Gründung einer selbständigen Republik Rheinland. — Dr. Melchior in Hamburg hat sich entschlossen, das ihm angetragene Unterstaatssekretariat im Reichswirtschaftsministerium abzulehnen. — Die Reichswerft Kiel geht demnächst in die Reichszivilverwaltung über, ebenso die Torpedowerft Wilhelmshaven. Die Wilhelmshavener Hauptwerft bleibt in Marineverwaltung.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 25. Juli. Der Landtag ließ heute eine ergiebige Steuerdebatte über sich ergehen, die ihre Grenzen jedoch in einem Beschluß des Aeltestenausschusses fand, wonach von jeder Fraktion nur zwei Redner sprechen dürfen und diese wiederum höchstens 45 Minuten. Im Ausschuß wurde ein Antrag Hartenstein (D. d. P.), Graf (Z.), angenommen, der das Existenzminimum von 500 auf 1100 Mark bei natürlichen Personen erhöht; dagegen haben die Aktiengesellschaften bei 500 bis 1100 Mark bereits 250 Prozent der Einheitssätze (anstatt 150 Prozent nach der Regierungsvorlage) zu zahlen. Der neue Tarif endigt mit 600 Prozent (500 Prozent nach dem Regierungsentwurf) bei 20 000 Mark Einkommen und bei Aktiengesellschaften mit 700 Prozent (600 Prozent). Außerdem soll der ledige Steuerzahler mit einem Einkommen bis zu 5000 Mark 5 Prozent, von 5000 bis 10 000 Mark 10 Prozent, von 10—20 000 Mark 15 Prozent, von über 20 000 Mark 20 Prozent Zuschlag bezahlen. Der Sozialdemokrat Winker hielt die Regierungsvorlage für sozial ungerecht, weil sie die unteren Einkommen allzusehr belastet und die hohen zu sehr schont, und beantragte eine entsprechende Aenderung des Ausschußantrages. Dem trat der Finanzminister Liesching unter voller Zustimmung der bürgerlichen Parteien mit seinem ganzen Temperament entgegen, indem er den Vorwurf von sich wies, als ob die Regierung die Reichen auf Kosten der Minderbemittelten in Schutz nehme. Allerdings sei die Steuerbelastung ganz gewaltig, aber sie werde für eine solide Finanzwirtschaft sorgen, der alle ihren Tribut entrichten müßten. Der Minister erklärte sich mit den Ausschußanträgen einverstanden. Auch die folgenden Redner, Schweikhardt (D. d. P.), Ströbel (B. P.) und Graf (Z.), rechneten mit der Linken gründlich ab. Ströbel wies darauf hin, daß der Regierungsentwurf von der Regierung stamme, in der fünf sozialistische Minister sitzen. Die Sozialdemokratie sei gewöhnt, mit vollen Händen auszuteilen und die bürgerlichen Parteien für die Einnahmen sorgen zu lassen. Graf betonte, daß auch die Arbeiter, nachdem sie nunmehr zu Vermögen gekommen seien, an die sie früher nie gedacht hätten, zu den Steuern stark herangezogen werden müßten. Die Debatte wird in einer Nachmittagssitzung zu Ende geführt werden.

Stuttgart, 25. Juli. Bei der Fortsetzung der Steuerdebatte stellte zunächst die Abg. Zetkin (U. S. P.) mit großer Schadenfreude fest, daß die Sozialdemokratie ihr Wahlprogramm preisgegeben habe und die jetzige Regierung nichts anderes sei, als die Vertretung rein privatkapitalistischer Interessen. Sie forderte die Annullierung der großen Kriegsanleihen, die Beschlagnahme aller arbeitslosen Einkommen und Vermögen, die Ueberführung der großen Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit und endlich die Einführung der Arbeitspflicht für alle gesunden Erwachsenen. — Der Abg. Pflüger (S.) hatte die unangenehme Aufgabe, die Ausführungen seines Parteifreundes Winker zu berichtigen. Mit der Bemerkung, daß die Ministergehälter heute zu mittleren und kleinen Einkommen heruntergesunken seien, stieß er bei der Mehrheit des Hauses auf großen Widerspruch. Er drang in den Finanzminister, die im ganzen Lande versteckten Papierscheine abstempeln zu lassen. Der Minister machte die wenig angenehme Mitteilung, daß die Steuerschraube noch stärker angezogen werden müsse, weil durch den Niedergang unserer Industrie und Wirtschaftslebens und durch die großen Steuerschröpfungen die hohen Einkommen verschwinden würden wie Butter vor der Sonne. — Der Abg. Scheef (D. d. P.) kam ebenfalls auf das Verhältnis des Landtags zur Regierung zu sprechen, indem er die Sozialdemokratie davor warnte, durch eine falsche Kritik an der Regierung ihre eigene Grundlage zu unterwühlen. — Der Abg. Feil (Ztr.) brachte nochmals die Stellungnahme seiner Parteifreunde zu den Anträgen zum Ausdruck. Die Finanzkapitel wurden hierauf genehmigt. Bei der Abstimmung wurde zunächst der Antrag Winker (S.), der die Einkommen bis zu 1250 Mark steuerfrei läßt und die Steuersätze bei Aktiengesellschaften bei Einkommen von 500 bis 1100 Mark auf 200 Prozent, von 30- bis 35 000 Mark auf 445 Prozent festsetzt, in namentlicher Abstimmung mit 59 gegen 41 Stimmen (S.) abgelehnt. — Der Ausschußantrag mit der Ledigensteuer wurde dann gegen die einzige Stimme der Abg. Zetkin (U. S. P.) angenommen, ebenso die Ausschußanträge über den Zuschlag von 50 Prozent für den Waldkataster und über die Erhöhung der Steuersätze für die Wandergewerbesteuer auf 200 Prozent (letzterer gegen die soz. Stimmen); ferner fand Annahme der Ausschußantrag über Festsetzung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer auf 4 Prozent, dagegen wurde abgelehnt ein Antrag des Bauernbundes, diese Steuer auf 2,1 Prozent festzusetzen (gegen die Stimmen der Antragsteller). Zugestimmt wurde dem Ausschußantrag, für die Kapitalsteuer den Steuersatz auf 4 Prozent zu bestimmen. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag Hartenstein (D. d. P.)—Graf (Zentrum)—Pflüger (S.): Steuerpflichtige mit einem Einkommen von 5- bis 10 000 Mark sind, wenn sie verheiratet sind und einen gemeinsamen Haushalt führen und vier Kinder nicht über 16 Jahre haben, um 1, und für je zwei weitere solche Kinder um eine weitere Steuerstufe niedriger zu veranlagen. Der Antrag Pflüger über angemessene Erhöhung der Sätze für die Naturalverpflegung wurde gegen die soz. Stimmen abgelehnt. Um der Form zu genügen, wurde noch die 3. Lesung des Staatshaushaltsplans für 1919 ohne Debatte vorgenommen, worauf das gesamte Finanzgesetz samt dem ersten (Diäten der Landtagsabgeordneten) und dem zweiten Nachtrag (Zuschläge zu den Gerichtskosten und Notariatsgebühren) in namentlicher Abstimmung mit 97 gegen die eine Stimme der Frau Zetkin angenommen wurde.

Damit ist das Finanzgesetz und der Staatshaushaltplan, samt 1. und 2. Nachtrag, für das Rechnungsjahr 1919 genehmigt. Hierauf gab die Fraktion der Bürgerpartei und des Bauernbundes folgende Erklärung ab: „Wir haben dem Entwurf des Staatshaushaltplans zugestimmt, weil die Rückkehr zu einer geordneten Finanzverwaltung nicht länger aufgeschoben werden kann und der weitaus größte Teil der Ausgaben durch die gegenwärtige Lage bedingt ist. Wir verurteilen aber nach wie vor aufs schärfste die Politik, die zu dieser Lage und zu der ungeheuren Steigerung der Ausgaben geführt hat, und lehnen Auslagen ab, die nach unserer Ansicht nicht einmal mit der gegenwärtigen Lage begründet werden können."

Erzberger über die Schuld am Zusammenbruch.

Weimar, 25. Juli. In der Aussprache über die Programmreden der Regierungsvertreter wurde die Regierung von dem Vertreter der Konservativen, dem Deutschnationalen von Gräfe, der zu der schärfsten Richtung des Feudalismus gehört, aufs heftigste angegriffen. Er erklärte, seine Partei wolle einen Rückblick darauf werfen, wie die jetzige Regierung und ihre unmittelbare Vorgängerin auf den Platz Bismarcks kommen konnten, um sein Werk zu zerstören. Die Partei müsse die Gründe ihrer Opposition nachprüfen, weshalb sie die Regierung und ihre Taten als ein Unheil am deutschen Volke ansehe. Das Wahlresultat gebe der Regierung kein Anrecht, daß der Weg, auf dem sie die Monarchie gestürzt habe, der Wille der Mehrheit gewesen sei. Die Mehrheit des Hauses sei durch eine Vergewaltigung des deutschen Volkes zustande gekommen, die nur möglich gewesen sei, weil das deutsche Volk, durch die Schrecknisse des Krieges verwirrt, Frieden und Brot verlangte, und alles über Bord geworfen habe, wenn ihm dafür die Aussicht auf Frieden und Brot geboten wurde. Wenn auch manche ehrlich Brot und Frieden erwartet hätten, so hätten doch davon unendlich viele lediglich zur Befriedigung ihrer politischen Machtgelüste die niedergedrückte Stimmung des deutschen Volkes mißbraucht. Die Zermürbung unseres Heeres habe seinen Zusammenbruch herbeigeführt. Die Revolution habe den letzten Stoß gegeben. Sie habe die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen nötig gemacht. „Wenn man die vollständige Kapitulation des deutschen Volkes damals nicht zu einem Waffenstillstand frisiert hätte, wenn es dem deutschen Volke damals zum Bewußtsein gekommen wäre, daß es seine Waffen ausliefere, so hätte es seine Ehre nicht preisgegeben. Der Redner legte dann das sog. Annektionsprogramm vom September 1914 dar, in dem Erzberger in Rücksicht auf seine Aufsichtsratsstellung bei dem neben Krupp größten Stahlwerk Thyssen für die wirtschaftlichen und politischen Sicherungen in Belgien, für Annektionen in Frankreich und an der englischen Küste eingetreten sei. Außerdem erhob Redner gegen Erzberger den Vorwurf, er habe ihm bekannt gewordene Geheimnisse in einer das deutsche Volk schwer schädigenden Weise verwendet, sodaß er unmöglich Vertrauen finden könne. Es handelt sich hier um geheime Mitteilungen der österreichischen Regierung im April 1917, in denen die Regierung in Berlin wissen ließ, daß infolge der slavischen Agitation mit einem baldigen Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns zu rechnen sei. Ueber das Jahr hinaus sei an einen Widerstand nicht zu denken. Daraufhin soll Erzberger nach Wien gereist sein, und erreicht haben, daß überstürzte Friedensangebote nicht gemacht würden. Von österreichischer Seite sei damals versucht worden, Deutschland zur Abtretung von Elsaß-Lothringen zu veranlassen, auch Oesterreich-Ungarn sei zu Gebietsabtretungen bereit gewesen, und wollte das ohnehin verlorene Galizien zu Polen schlagen. Nun wurde von dem Botschafter a. D. Graf Wedel in den „Hamburger Nachrichten" ein Bericht über die damaligen Vorgänge veröffentlicht, in dem dieser behauptet, Erzberger sei von Bethmann Hollweg gar nicht nach Wien gesandt worden, er habe auch offiziell keine Kenntnis von dem Geheimschreiben aus Wien erhalten, aber wie sich herausgestellt habe, von anderer Seite. Erzberger habe nun diesen Bericht für die Begründung der bekannten Julresolution 1917 benützt. Das Geheimnis habe dann seinen Weg nach Paris gefunden. Ein französischer Diplomat habe in Wien verlauten (!) lassen, es habe 1917 einen Augenblick (!) gegeben, wo Lloyd George, der über Krieg und Frieden entschieden habe, in seiner Siegeszuversicht infolge der Wirkungen des U-Bootkrieges wankend geworden und Verständigungsgedanken nicht unzugänglich gewesen sei. Lloyd George und der französische Außenminister hätten im Begriff gestanden, nach Italien zu gehen, um mit Italien die Frage eines Verständigungsfriedens zu beraten. Da sei die obengenannte Nachricht gekommen, man habe geglaubt, Oesterreich und vielleicht auch Deutschland stünden vor dem inneren Zusammenbruch und dementsprechend sei der Verständigungsgedanke endgültig fallen gelassen worden. Nun wird also Erzberger die Schuld an dieser Entwicklung der Dinge zugeschoben, weil die Julresolution unsere Feinde von ihren Verständigungsgedanken abgebracht habe.

Erzberger hat sich in der Nationalversammlung gegen diese Vorwürfe zur Wehr gesetzt und zwar durch schwere Angriffe gegen die oberste Heeresleitung und die ihr damals machtlos gegenüberstehende Regierung. Erzberger sagte, die Konservativen hätten 4 Jahre lang das deutsche Volk von einer Illusion in die andere gestürzt. Deutschland habe 4 Jahre überhaupt keine politische Regierung, sondern eine militärische Diktatur gehabt. Es sei das Unglück des deutschen Volkes gewesen, daß es seine Militärs herrschen und die Vernunft nicht habe zum Wort kommen lassen. Mehr als einmal seien Friedensmöglichkeiten vorhanden gewesen. Mindestens zweimal hätte ein ehrenvoller Friede zustandekommen können. Die Rechte mit den Militärs zusammen habe dies beidemale verhindert. Aber Graf Bernstorff sei wochenlang nach seiner Rückkehr aus Washington nicht zum Vortrag an höchster Stelle zugelassen worden. Das Friedenswerk Wilsons sei durch die Erklärung des U-Bootkrieges sabotiert worden. Bezüglich des Wiener Geheimschreibens sagte Erzberger, der Brief sei ihm zur Verfügung gestellt worden, mit der einzigen Bedingung, über seine Herkunft zu schweigen. Seine Stellungnahme zu der Reichstagsentschließung sei aber nicht auf Veranlassung Oesterreichs erfolgt. Am 30. August 1917 habe der Reichskanzler Michaelis durch den Münchner päpstlichen Nuntius ein Schreiben erhalten, in dem ein Angebot Englands vorlag, dem die französische Regierung sich angeschlossen hatte, die deutsche Regierung möge sich über die Unabhängigkeit Belgiens aussprechen und Garantien für die politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit des Landes geben. Eine versöhnende Antwort würde den guten Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtern. Die Anfrage des Papstes sei auf ausdrückliches Ersuchen der englischen Regierung erfolgt, mit ausdrücklicher Ermächtigung der französischen. Die Erlaubnis, den Inhalt der englischen Note zu veröffentlichen, sei vom Papst eingeholt. In Berlin habe man aber die Minister 4 Wochen lang warten lassen, und dann wurde abgelehnt, eine Erklärung abzugeben, weil die Vorbedingungen für die Abgabe einer solchen Erklärung nicht genügend geklärt seien. Damit sei der von England eingeleitete Versuch erledigt gewesen. Der päpstliche Nuntius habe später weinend zu Erzberger gesagt: „Jetzt ist alles verloren, auch Ihr armes Vaterland." 2 Jahre sei das deutsche Volk gewissenlos irregeführt worden. Ende September 1917 sei die von ehrlichem Willen der Mehrheit des Reichstags getragene Friedenspolitik durch die Gegenagitation erledigt gewesen. Deutschland sei mit offenen Augen in den Tod gerannt. Jeder Versuch, die leitenden Stellen zur Vernunft zu bringen, sei mit der Antwort bedacht worden, man möge noch ein Weilchen warten. Dann sei Ende 1918 der restlose Zusammenbruch gekommen. Am 6. November habe er (Erzberger) den Auftrag bekommen, die weiße Fahne am 8. November morgens zu ziehen, also zu kapitulieren und zwar mit Zustimmung der obersten Heeresleitung. Nicht der Umsturz habe den Waffenstillstand erzwungen, Hindenburg habe ausdrücklich erklärt, wenn die deutschen Forderungen nicht durchzusetzen seien, so sei trotzdem abzuschließen. Die Friedensresolution hätte Erfolg haben müssen, der Zusammenbruch Deutschlands sei nicht durch die Revolution, sondern durch die konstante Täuschung seitens der Militärs bedingt worden, durch den Mangel an innerer und äußerer Einsicht der Konservativen und der obersten Heeresleitung, die das deutsche

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Volk einschüchtern und dieses Spiel auch jetzt noch fortsetzen wollen.

Die Streiklage in Berlin.

Berlin, 26. Juli. Heute früh streikten 35 000 Metallarbeiter. Dem Ausstand haben sich im Laufe des gestrigen Tages auch die Arbeiter der anderen Groß-Berliner Fabriken angeschlossen. Der Ausstand der Telegraphenarbeiter greift gleichfalls weiter um sich. Eine Versammlung beschloß einstimmig, weiter im Streik zu verharren, und den Generalstreik über ganz Deutschland zu erklären, falls sich der Reichspostminister Giesberts nicht zu der sofortigen Annahme der Forderungen entschließt.

Berlin, 26. Juli. Die Arbeiterräte der Fabriken wollen morgen Sonntag zusammentreten, um Gegenmaßnahmen über die Aussperrung der Metallarbeiter zu beschließen. Die revolutionären Obleute forderten bereits jetzt schon in den Fabriken zu einem neuen allgemeinen Generalstreik auf. Die Metallindustriellen haben in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Kampf ohne jede Rücksicht auf seine Dauer fortzusetzen, zumal bei der Minderheitsleistung, die in einigen Betrieben bis auf 50 Prozent gesunken ist, und der fortgesetzten Lohnsteigerungen eine Verdienstmöglichkeit für die Industriellen als nicht mehr vorhanden bezeichnet wird.

Ausland.

Wien, 26. Juli. Der deutsch-österreichische Außenminister Bauer ist zurückgetreten, nachdem es ihm nicht gelungen war, von Italien den Verzicht auf Deutsch-Südtirol zu erlangen. Man erhofft in Wien von seinem Rücktritt bessere Beziehungen zu Frankreich, wo man Bauer als einen Freund des Anschlusses ans Reich mißtraute.

Prag, 26. Juli. In der Nacht von gestern wurde der frühere ungarische Ministerpräsident Graf Karolyi nebst Frau und Begleitung nach Prag gebracht. Die Ankunft des Grafen Karolyi mit dem Schnellzuge war angekündigt worden, und die tschechische Militärpolizei ließ ihn an der Grenze verhaften. Es soll nunmehr untersucht werden, welche Zwecke der Graf mit seiner Prager Reise verfolgen wollte.

Paris, 26. Juli. Die Alliierten sind der Auffassung, daß die angekündigte Abstempelung der deutschen Wertpapiere eine Finanzmaßnahme der deutschen Regierung darstellt, die nach dem Friedensvertrag der Kontrolle der Alliierten unterliegt. Auch die Erträgnisse einer allgemeinen Vermögensabgabe in Deutschland dürfte nach der Auffassung der Alliierten ausschließlich den Anforderungen der Entente auf Schadenersatz dienen. Der Eingang der Vermögensabgabe sei von der Ententekommission in Berlin zu überwachen und für diesen Zweck zu kontrollieren.

Paris, 26. Juli. In der Frage der Stellungnahme der Entente gegen Rußland bereitet sich ein Wechsel der bisherigen Auffassung vor. Die Alliierten sind der Auffassung Frankreichs geneigt, daß nur eine schnelle Beseitigung der russischen Räteregierung und die Einsetzung einer russischen Konstituante den Weg der bolschewistischen Bewegung Europas verschließt. Entsprechende militärische Maßnahmen sind nach Lage der Dinge täglich zu erwarten. (Es ist ein neuer Versuch Frankreichs, die in Rußland verlorenen Milliarden zu retten, die sich aber bei der Aussichtslosigkeit des Unternehmens nur noch um einige vermehren dürften. Schriftl.)

Versailles, 25. Juli. Zu der gestrigen Sitzung der französischen Kammer, in welcher der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wurde, ist zu berichten: Scharfe Angriffe richteten die Abgeordneten Bedouce und Andrer Lefevre gegen das Finanzgebaren des Ministeriums. Bedouce erklärte, der Krieg habe Frankreich 300 Milliarden gekostet, dazu kämen bis Ende 1919 89 Milliarden konsolidierte Schuld, 774 Milliarden schwebende Schuld und 30 Milliarden ausländische Verpflichtungen. Unter diesen Umständen berechne er ein Minimum des zukünftigen jährlichen französischen Budgets auf 25 Milliarden. Trotz der verschiedenen Steuerpläne seien noch zehn Milliarden ungedeckt. Lefevre vertrat die Ansicht, daß eine Anleihe von 5 bis 6 Milliarden notwendig sei.

Amsterdam, 26. Juli. Zwischen den britischen und belgischen Besatzungsbehörden entstand in Malmedy anläßlich des belgischen Nationalfestes durch die Rücksicht des englischen Generals auf die deutsche Bevölkerung ein neuer Konflikt.

Bukarest, 26. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Infolge des zweideutigen Verhaltens der russischen Sowjet-Regierung hat die rumänische Regierung die eingeleiteten Verhandlungen abgebrochen und die Feindseligkeiten am 24. nachts 12 Uhr wieder aufgenommen.

Sofia, 26. Juli. Ein ernster Zwischenfall ereignete sich bei der Ausschiffung eines französischen Regiments in Pasalanra. Bulgarische Soldaten, die in der Stadt einquartiert waren, griffen die Franzosen an. Auf beiden Seiten wurde lebhaftes Gewehrfeuer eröffnet, das drei Stunden dauerte. Vier französische Soldaten wurden getötet und zwei verwundet.

Der Druck der Entente auf Deutsch-Oesterreich.

Paris, 26. Juli. Die Alliiertenkonferenz hat am Donnerstag beschlossen, über die bisherigen Zugeständnisse an Oesterreich nicht hinaus zu gehen. Sofern Oesterreich in der vorgeschlagenen Frist nicht unterschreibt, wird die militärische Besetzung Deutsch-Oesterreichs durchgeführt werden. Entsprechende Maßnahmen sind in Vorbereitung.

Wien, 26. Juli. Zwecks eingehender Beantwortung der Note wird eine Fristverlängerung erbeten werden und man hofft, daß die Ueberreichung der neuen österreichischen Note Mitte August erfolgen kann. Vor Mitte September dürfte der Friedensschluß kaum erfolgen.

Zürich, 26. Juli. Der „Secolo" meldet: General Diaz ist zur Entgegennahme militärischer Instruktionen gegen Oesterreich am Mittwoch nach Paris abgereist.

Die französische Sozialdemokratie fällt um.

Genf, 26. Juli. Der französische Arbeiterbund hat dem Ministerpräsidenten Clemenceau mitgeteilt, daß er auf weitere Kundgebungen von Demonstrationen gegen den Friedensvertrag Verzicht leistet. Der Arbeiterbund hat dagegen den Wunsch ausgesprochen, daß er bei der Durchführung des Friedensvertrages Gelegenheit zur Meinungsäußerung erhalte. Die französischen Deutungen kommentieren den Beschluß dahin, daß er die völlige Abtrennung der französischen Genossen bei den Völkerverbrüderungsplänen der deutschen Sozialisten ausspreche.

Opposition gegen den Friedensvertrag.

Washington, 26. Juli. Die Führer der amerikanischen Opposition stellten eine Liste von 35 amerikanischen Senatoren auf, die entschlossen sind, den Friedensvertrag abzulehnen, sofern nicht ganz bedeutende Verbesserungen an demselben vorgenommen werden. Die Opposition von 35 Senatoren würde genügen, die Ratifizierung des Friedensvertrags zum Scheitern zu bringen. Die Anstrengungen Wilsons, die Opposition durch persönliche Rücksprache mit den betreffenden Senatoren zu beseitigen, wurde durch die Ablehnung einer solchen Besprechung durch Senator Harris schwer beeinträchtigt. Harris begründet die Ablehnung damit, daß er Wilson in der Shantungfrage anzugreifen gedenke.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Gau-Wetturnen des Unteren Schwarzwaldgaues.

Neuenbürg, 27. Juli. Ein trüber Regentag leitete das Wetturnen des Unteren Schwarzwaldgaues in Neuenbürg ein; es schien, als ob der Wettergott der Veranstaltung seine Gunst zu entziehen die Absicht hätte. Bald wurde es in den Straßen lebendig; die leichtfüßigen Gestalten der Turner, welche teils zu Fuß, teils mit der Bahn eintrafen, belebten das Straßenbild, für sie konnte die Ungunst der Witterung kein Hindernis bedeuten. Um 7 Uhr war Kampfrichtersitzung in der Turnhalle; mit Rücksicht auf das regnerische Wetter wurde beschlossen, das Wetturnen in der Turnhalle zu beginnen, welches programmäßig verlief. Daran beteiligten sich im Geräteturnen 22, im volkstümlichen Turnen 50 Mann. Geturnt wurde in der ersteren Abteilung an Reck, Barren und Pferd, je eine Pflicht- und eine selbstgewählte Uebung, dazu kam noch eine Freiübung; für das volkstümliche Turnen waren Hochsprung, Weitsprung, Kugelstoßen, Wettlauf und eine Freiübung bestimmt. Das Ganze unterstand der Leitung von Gauturnwart Großmann-Höfen. Zahlreiche Zuschauer verfolgten mit regem Interesse die einzelnen Arten des Wetturnens, das sich bezüglich des Geräteturnens und Hochsprungs in der Turnhalle vollzog, während die Freiübung und das volkstümliche Turnen auf dem Turnhalleplatz bezw. der Straße erledigt wurde. Trotz langer Kriegszeit wurde recht flott geturnt und manch gute Leistung gezeigt. Insonderheit war es eine Augenweide für die alten Turnfreunde, das Kürturnen der „Alten" anzusehen, die dem Drange nicht widerstehen konnten, zu zeigen, daß sie, „auch noch etwas konnten." Nach 11 Uhr war das Wetturnen beendet; die Turner begaben sich zum Mittagessen in die für sie bestimmten Lokale.

Der Festzug, welcher sich in der Bahnhofstraße aufstellte, setzte sich um 2 Uhr in Bewegung. An demselben beteiligten sich außer den Turnvereinen die eingeladenen Vereine der Stadt: Krieger-Verein, Liederkranz, Radfahrerverein, Schützenverein mit ihren Bannern; er bewegte sich unter Vorantritt mehrerer Musikkapellen und Gesang froher Turnerlieder durch die Straßen der Stadt auf den Turnhalleplatz, wo nach Vortrag eines Liedes des Turner-Gesangvereins Neuenbürg unter Leitung von Volksschulrektor Vollmer, Gauvorstand Strohmaier-Schwann die Turner und Turnfreunde begrüßte, in seiner Ansprache die schwere Kriegszeit erwähnte, ehrend jener Turner gedachte, welche ihr Leben dem Vaterlande opferten und die Anwesenden aufforderte, nunmehr mit Eifer und Fleiß wieder turnerische Arbeit zu leisten. Seine Ansprache klang aus in einem „Gut Heil" auf das, was die deutsche Jugend tüchtig und widerstandsfähig im Kampf des Alltags macht, auf Turnen, Spiel und Sport. Namens der Stadt brachte Stadtschultheiß Knodel den Turnern Gruß und Willkomm entgegen.

Das Wetter hatte sich gegen Mittag gebessert, die Sonne drang durch und so konnte der übrige turnerische Teil sich im Freien vollziehen. Es folgten zunächst allgemeine Freiübungen unter Leitung von Gauturnwart Großmann-Höfen, zuerst nach Kommando und dann im Gleichtakt und mit Musikbegleitung, Turnen einer Männer-Riege an 2 Barren, Kürturnen am Reck, Vorführen der Damen-Riege des Turnvereins Neuenbürg an 2 Barren durch Turnwart Titelius, ein mit besonderem Beifall aufgenommener Blumenreigen der Damen-Riege des Turnvereins Schwann, ein Stabreigen der Damenriege des Turnvereins Neuenbürg, ein Staffettenlauf des Turnvereins Neuenbürg und als Schluß der turnerischen Darbietungen ein Faustballspiel zwischen den Turnvereinen Conweiler und Obernhausen; alles in allem ein abwechslungsreiches, von den zahlreichen Zuschauern mit Aufmerksamkeit verfolgtes Bild turnerischer Tätigkeit.

Inzwischen hatte der Berechnungsausschuß unter Leitung von Gauschriftwart Mönch-Schömberg seines Amtes gewaltet, und so konnte um halb 6 Uhr die Preisverteilung durch Gauvorstand Strohmaier-Schwann mit einer kurzen Ansprache, in welcher er für die turnerische Arbeit dankte und jene, welchen es heute nicht vergönnt war, als Sieger heimzukehren, zu unentwegter weiterer Pflege des deutschen Turnens im Sinne unseres Altmeisters Jahn aufforderte, die Preisverteilung vornehmen. Die Preise bestanden in einer Ehrenurkunde nebst Natur-Eichenlaubkranz, letzterer von Mitgliedern der Damenriege den Siegern überreicht. Es erhielten im Geräteturnen einen

1.	Preis mit	63	Punkten	Wilh. Schweizer, Obernhausen,
1.	„ „	63	„	Emil Hermann, Schwann,
2.	„ „	61	„	Richard Merkle, Schwann,
3.	„ „	58,5	„	Wilh. Stengele, Neuenbürg,
4.	„ „	56,5	„	Hermann Rentschler, Conweiler,
5.	„ „	55,5	„	Otto Kappler, Höfen,
6.	„ „	54,5	„	Albert Großmann, Schömberg,
7.	„ „	54	„	K. Bauer, Schwarzenberg,
7.	„ „	54	„	Gustav König, Schwann,
7.	„ „	54	„	Jakob Oehlschläger, Schömberg,
8.	„ „	52,5	„	Fritz Müller, Engelsbrand,
9.	„ „	52	„	Gottl. Kuhn, Obernhausen,
10.	„ „	51,5	„	Ludwig Aldinger, Wildbad,
10.	„ „	51,5	„	Wilh. Großmann, Höfen,
10.	„ „	51,5	„	Wilh. Kainer, Neuenbürg,
11.	„ „	51	„	Karl Simon, Wildbad,
12.	„ „	50,5	„	Josef Auffenger, Neuenbürg,
13.	„ „	50	„	Wilh. Baumann, Neuenbürg,
14.	„ „	48,5	„	Johs. Baier, Schwarzenberg,
15.	„ „	48	„	Hermann Supper, Engelsbrand,
16.	„ „	47,5	„	Josef Fuchs, Neuenbürg,
17.	„ „	47	„	Karl Schwarzmaier, Wildbad.

Im volkstümlichen Turnen erhielten einen

1.	Preis mit	79,5	Punkten	Christian Müller, Neuenbürg,
2.	„ „	78,5	„	Gottl. Wenz, Obernhausen,
3.	„ „	67	„	Ludwig Wurster, Zainen,
4.	„ „	65	„	Karl Gauß, Neuenbürg,
5.	„ „	61,5	„	Eugen Mönch, Schömberg,
5.	„ „	61,5	„	Wilh. Wenz, Obernhausen,
6.	„ „	61	„	Gustav Seufer, Obernhausen,
7.	Preis mit	58,5	Punkten	Wilh. Bott, Wildbad,
8.	„ „	57	„	Ernst Bauer, Schwann,
9.	„ „	56	„	Karl Spingler, Wildbad,
10.	„ „	55	„	Eduard Röck, Neuenbürg,
10.	„ „	55	„	Ernst Herwig II, Conweiler,
11.	„ „	54,5	„	Wilh. Großmann, Arnbach,
12.	„ „	54	„	Karl Lopgang, Arnbach,
13.	„ „	53,5	„	Karl Schraft, Conweiler,
14.	„ „	53	„	Wilh. Bäuerle, Schömberg,
15.	„ „	51,5	„	Otto Gorgus, Neuenbürg,
16.	„ „	49	„	Adolf Bodamer, Höfen,
16.	„ „	49	„	Gottfried Wild, Neuenbürg,
17.	„ „	48,5	„	K. Aberle, Wildbad,
17.	„ „	48,5	„	Fritz Bürkle, Schwann,
17.	„ „	48,5	„	Wilh. Deisch, Neuenbürg,
17.	„ „	48,5	„	Viktor Mundinger, Wildbad,
18.	„ „	48	„	Wilh. Dommer, Wildbad,
19.	„ „	47	„	Hermann Servay, Wildbad,
20.	„ „	46,5	„	Albert Schraft, Conweiler,
21.	„ „	45,5	„	G. Maisenbacher, Langenbrand,
21.	„ „	45,5	„	Wilh. Jäck, Conweiler,
22.	„ „	43,5	„	Karl Treiber, Wildbad,
23.	„ „	42,5	„	Friedr. Reule, Wildbad,
24.	„ „	41,5	„	Robert Riezinger, Wildbad,
25.	„ „	40,5	„	Karl Geisel, Höfen,
25.	„ „	40,5	„	Hermann Bausert, Wildbad.

Damit schloß das in allen Teilen gut verlaufene erste Gauwetturnen nach dem Kriege: die Gauleitung, insonderheit aber die Leitung des Turnvereins, können mit Befriedigung darauf zurückblicken.

Württemberg.

Stuttgart, 26. Juli. (Lohntarif für die Landarbeiter.) Vom Landesbauernrat wird uns mitgeteilt, daß Mitte nächster Woche von der Zentralstelle für die Landwirtschaft durch den Landesbauernrat an sämtliche Gemeindebauernräte die Lohntarife gedruckt kostenlos hinausgesandt werden.

Stuttgart, 26. Juli. (Begnadigt.) Der Maurer Theodor Ruck, der von dem Schwurgericht Stuttgart im Februar 1919 wegen Mords, begangen an dem Hilfspolizeidiener Georg Bauer in Waldenbuch zum Tode verurteilt worden ist, wurde durch Entschließung des Staatspräsidenten vom 1. Juli 1919 zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Ellenngen, 26. Juli. (Diebstahl.) Oberamtstierarzt Dr. Seybold hier wurde bei Nacht die ganze Auto-Gummibereifung gestohlen. Der Bestohlene setzt 300 Mark Belohnung aus.

Fellbach, 26. Juli. (Widerspenstiger Haferhamsterer.) Bei einem hiesigen Fuhrhalter wurden annähernd 100 Zentner Hafer beschlagnahmt. Der Fuhrhalter wollte sich laut „Cannstatter Ztg." anfangs drohend der Beschlagnahme widersetzen, so daß vier Mann der Sicherheitswehr herbeigezogen werden mußten.

Untertürkheim, 26. Juli. (Tödlicher Unfall.) Der Leiter des hiesigen Elektrizitätswerks Sämann war mit einem Arbeiter im Hammerwerk n Wangen beschäftigt. Dabei kam er der Starkstromleitung zu nahe und wurde sofort getötet.

Heilbronn, 26. Juli. (Das zweite Opfer.) In der Karlstraße kam es heute nacht wiederum zu einer Schießerei. Die Jäger hatten infolge der Angriffe auf ihre Kameraden Patrouillen in die Straßen entsandt, die sie von radaulustigen Elementen säubern wollten. Bei der Schießerei wurde ein Jäger verletzt und der 32 Jahre alte Taglöhner Friedrich Weidbacher erschossen. Letzterer ist im Krankenhaus gestorben. Die Tätlichkeiten gingen von einem Trupp Zivilisten aus, die die Jäger in der Nähe der Harmonie angriffen, worauf die Jäger von ihren Waffen Gebrauch machten.

Schwenningen, 26. Juli. (An den Pranger.) Gestern abend wurden mehrere Personen, denen in letzter Zeit Milchfälschungen nachgewiesen worden waren, im Zuge durch die Stadt geführt. Abwechslungsweise mußten sie ein Plakat tragen mit der Aufschrift: Wir sind die Milchfälscher von Schwenningen.

Schramberg, 26. Juli. (Demonstration.) Auf Veranlassung der U. S. P. versammelten sich gestern nach Arbeitsschluß die Arbeiter der verschiedenen Fabriken in großer Zahl vor dem Rathaus, um gegen die angebliche Zurücksetzung der Arbeiterschaft in der Lebensmittelversorgung zu demonstrieren. Mehrere Redner beschwerten sich über das schlechte Brot, die teuren Auslandslebensmittel, die langsame Verteilung und den Mangel an Brennholz. Die Schuld an diesen Mißständen wurde dem Stadtvorstand zugeschrieben und seine Entfernung gefordert. Zum Schluß gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der eine Besserung in der Lebensmittelversorgung verlangt wurde. Es scheint dies die letzte Warnung zu sein; wenn sie wirkungslos bleibt, so folgt eine Revision der städtischen Lebensmittel und Geschäfte nach dem Stand und Preis.

Wasseralfingen, 26. Juli. (Lahmlegung des Walzwerkbetriebs.) Die Ausführung der Friedensbedingungen, nach denen sämtliche im besetzten französischen Gebiet hinter der Front abmontierten Maschinen und Fabrikanlagen, die nach Deutschland geführt wurden, wieder nach Frankreich zurückbefördert werden müssen, hat zu einer beinahe vollständigen Stillegung des Betriebs im Walzwerk des staatlichen Hüttenwerks Wasseralfingen geführt. Auch der Wasseralfinger Walzwerkbetrieb war im Lauf der letzten Kriegsjahre unter Einbauung von aus Nordfrankreich gekommenen Motoren, Ständern und Trägern in ziemlichem Umfang erweitert und ausgebaut worden. Diese wichtigen Betriebsteile müssen nun alle wieder abmontiert werden. Einige Wagenladungen sind bereits abgegangen. Der Ersatz der Motoren beansprucht heute längere Zeit, man spricht von einigen Monaten. Interessant ist, daß sich unter den im französischen Eisen- und Kohlengebiet s. Z. abmontierten großen Schwungrad-Motoren in der Hauptsache solche der Weltfirma J. M. Voith in Heidenheim befanden.

Baden.

Niefern, 26. Juli. Heute früh wollte auf dem Bahnhof ein älterer Mann auf den schon in Fahrt befindlichen Zug aufspringen. Er verfehlte aber den Tritt und wurde, mit einer Hand den Griff festhaltend, zwischen zwei Wagen geschleift. Die den entsetzt zuschauenden und schreienden Personen auf dem Bahnsteig hatte niemand die Geistesgegenwart, dem Manne zu helfen zu kommen. Da sprang der Sergeant Gustav Rommelmacher von Kieselbronn neben dem in voller Fahrt befindlichen Zuge her und riß mit eigener Lebensgefahr den Mann aus seiner bedrängten Lage.

Karlsruhe, 26. Juli. Der Stadtrat hat beschlossen, die Oberbürgermeisterstelle zur Bewerbung auszuschreiben.

Ringsheim bei Ettenheim, 26. Juli. Hier brannten die landwirtschaftlichen Gebäude der Eheleute Rest und der Witwe Koch ab. Der Schaden beträgt über 20 000 Mark. Der Brand

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

von dem 9jährigen Knaben des Landwirts Reß verursacht.

Heidelberg, 25. Juli. Aus Maisbach berichtet die „Hdlb. Ztg." von einem hübschen Stückchen Spitzbubenfrechheit. Etwa vor einiger Zeit waren dort zwei Gänse gestohlen worden. Nach einigen Tagen waren die Tiere wieder da. Die eine trug am Halse einen Zettel mit der Inschrift: „Zurück aus der Gefangenschaft, noch einige Tage gut füttern".

Mannheim, 25. Juli. Zur Deckung des Geldbedarfs der Stadt Mannheim sollen 4prozentige Schuldverschreibungen in Höhe von 25 Millionen Mark ausgegeben werden, von denen 10 Millionen durch eine Gruppe Mannheimer Banken fest übernommen werden, während für weitere 10 Millionen Mk. das Optionsrecht vorbehalten bleibt und die restlichen 5 Millionen Mark zur Flüssigmachung flüssiger Mittel von Fonds und Stiftungen Verwendung finden.

Mannheim, 25. Juli. Für 180 000 Mark Juwelen wurden in einem Zug auf der Strecke von Neustadt nach Ludwigshafen durch einen Schaffner entdeckt. Aus Weißenburg waren nämlich die Beamten der Pfalzbahn telegraphisch ersucht worden, in den Abteilen der Eisenbahnzüge nach Juwelen zu forschen, die aus Frankreich nach Köln geschmuggelt werden sollten. Ein Reserveschaffner fand nun auch in einem Abteil dritter Klasse hinter der Dampfheizung am Boden versteckt einige in Papier eingewickelte kleine Konservenbüchsen, bei deren Oeffnung er die Juwelen im Werte von 180 000 Mark fand.

Vermischtes.

Die „ritterlichen" Franzosen sehen in dem von ihnen besetzten Gebiet die deutschen Frauen und Mädchen als willkommene Beute für ihre schändlichen Gelüste an. Daß aber deutsche Frauen ihre Ehre wirksam zu verteidigen wissen, mußte ein Franzose, ein Soldat der Besatzung in Leeheim bei Darmstadt zu seinem Schaden erfahren. Ein Mädchen aus diesem Orte wurde im Felde von dem Franzosen überfallen und belästigt. Das Mädchen verstand den Spaß aber falsch, schlug in seiner Not um sich und verletzte den Wüstling derart schwer mit der Axt, daß er starb. — Einen tragischen Ausgang für die Beteiligte nahm dagegen ein ähnlicher Fall, der sich in der Nähe der Grube Heinitz im Saarrevier ereignete. Dort wurde die 22jährige Heidelberger Studentin Maria ..., Tochter des Obersteigers Schnur, im Walde von einem Franzosen, der an ihr ein Sittlichkeitsverbrechen begehen wollte, überfallen und, als sie sich zur Wehr setzte, mit dem Seitengewehr so furchtbar zugerichtet, daß sie nach einigen Tagen im Krankenhaus zu Neunkirchen (Saar) ihren Verletzungen erlag. Sie konnte den Täter noch derart namhaft machen, daß er festgenommen werden konnte; ob und wie er aber bestraft worden ist, hat die sonst sehr mitteilsame französische Militärbehörde niemals bekannt gegeben. Der Fall erregte umso mehr Aufsehen, als der Vater von Halfern in Saarbrücken von den Franzosen gezwungen wurde, seine Unterschrift unter ein Dementi zu setzen, das man durch den Funkspruch Lyon in alle Welt über die Schandtaten ihrer Soldaten im besetzten Gebiet hinwegzutäuschen suchte.

Handel und Verkehr.

Wildberg, 26. Juli. Auf dem gestrigen Schweinemarkt waren zugeführt 300 Stück Milchschweine und 70 Läufer. Verkauft wurden 150 Stück Milchschweine und Läufer. Milchschweine gelten pro Paar 180 bis 240 Mk., Läufer 200 bis 300 Mk. Der Markt war gut befahren (auch vom Calwer Bezirk), hauptsächlich von Händlern. Handel flau. Preise stark sinkend. Käufer hielten zurück, teils wegen bestehender Aussicht auf Auslandseinfuhr.

Neueste Nachrichten.

Mannheim, 28. Juli. Bei der von den Behörden erlaubten Tabakeinfuhr von 30 Prozent des Durchschnitts der letzten Jahre handelt es sich um 200 000 Doppelzentner Tabak.

Weimar, 26. Juli. In der Nationalversammlung wurde der öffentliche Anschlag der Anklagerede des Reichsfinanzministers genehmigt.

Weimar, 26. Juli. In der heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Erzberger abgehaltenen Vollsitzung des Finanzausschusses wurde den Entwürfen eines Umsatzsteuergesetzes und eines Gesetzes über das Reichsnotopfer zugestimmt.

Dresden, 27. Juli. In dem Prozeß wegen Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring wurde um ½12 Uhr das Urteil verkündet. Bartsch wurde zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Gattlöber, Becker und Pietzsch zu je 2 Jahren, 6 Monaten Gefängnis, Alner zu 2 Jahren Gefängnis, Schreber zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Fritze, Heydemann, Krebs, Merkel und Thermann wurden freigesprochen.

Berlin, 28. Juli. Laut „Berl. Lokalanz." wurde in der französischen Kammer ein Antrag eingebracht, eine große National-Lotterie zu veranstalten, die einen Ueberschuß von 30 Milliarden ergeben soll. Die Kammerwahlen in Frankreich finden am 12. Oktober statt.

Berlin, 28. Juli. Vom Streik bei Siemens und vom Telegraphenarbeiterstreik stellen sämtliche Morgenblätter fest, daß die Aussicht auf Verständigung sich gebessert habe.

Berlin, 27. Juli. General Ludendorff behauptet in einer Erklärung, daß der Obersten Heeresleitung von dem englisch-französischen Friedensschritt nichts bekannt gewesen sei. Diese Darstellung enthält wirklich der inneren Unwahrscheinlichkeiten so viele daß man ihr die Absicht der Beschönigung auf weite Entfernung nur allzu deutlich anmerkt. Es bleibt nichts als die Forderung der rücksichtslosesten Klarstellung des ganzen Sachverhalts, da das deutsche Volk endlich klar über die Ursache seines Unheils sehen muß.

Wien, 27. Juli. Das „Korr.-Bur." erhält folgende amtliche Mitteilung: Berichten der italienischen Delegation auf der Friedenskonferenz entsprechend, beschloß der oberste Rat der Friedenskonferenz in der Sitzung vom 21. Juli den serbischen Truppen den Befehl zur gänzlichen Räumung Klagenfurts zu erteilen. Die interalliierte Kommission in Klagenfurt wurde beauftragt, aus dem ganzen Gebiet Kriegsgerät zu übernehmen.

Versailles, 26. Juli. „Newyork Herald" verbreitet die Nachricht, daß die Alliierten das Anerbieten des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, für den Kaiser die Verantwortung zu übernehmen, abgelehnt haben, indem sie gleichzeitig die Beweggründe anerkennen, die ihn zu seinem Schritte veranlassen. Die Alliierten hätten aber dem Generalfeldmarschall von Hindenburg mitgeteilt, er könne vor dem Gerichtshof Zeugnis ablegen, wenn er wolle; nur freies Geleit könne ihm dafür nicht zugesichert werden.

Versailles, 27. Juli. „Echo de Paris" meldet, Poincaree werde keine Kandidatur für die nächste Präsidentenschaft annehmen, sondern nach Ablauf seiner Amtsperiode ins aktive politische Leben zurückkehren.

Versailles, 27. Juli. Nach der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune" soll der Oberste Rat der Alliierten gestern beschlossen haben, in den besetzten rheinischen Gebieten eine Armee von 150 000 Mann zu unterhalten. Dazu sollen die Amerikaner und die Engländer je 30 000 Mann, die Belgier 15 000 Mann und die Franzosen 75 000 Mann stellen. Das Abkommen soll bis zum Oktober oder November Gültigkeit haben. — Die Rückbeförderung der französischen Truppen, die seit Oktober 1917 in Italien stehen, hat heute begonnen.

St. Germain, 28. Juli. Staatskanzler Renner hat um eine Verlängerung der für die Erwägung des Friedensvertrages festgesetzten Frist gebeten.

Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei.

Stuttgart, 27. Juli. Gestern mittag begann unter starker Beteilung aus dem ganzen Lande der erste Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei Württembergs und Hohenzollerns. Der stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses, Minister Baumann, eröffnete die Verhandlungen mit einem Hinweis auf das Werden der Partei und auf ihr Wirken in den ¾ Jahren ihres Bestehens, das bewiesen habe, daß die Einigung der beiden liberalen Parteien zu einer einzigen großen Partei das Richtige gewesen sei. Der heutige Vertretertag habe zwei Aufgaben zu erfüllen, nämlich der Partei die offizielle Parteiorganisation zu geben und eine politische Aussprache herbeizuführen, die der Partei die politischen Ziele weisen und richtunggebend für die nächsten Jahre sein soll. Besonders begrüßte der Redner die erschienenen Frauen, die heute zum erstenmal als gleichberechtigte Mitglieder auf einem württembergischen Parteitag mitwirken. Gemeinderat Karl Haußmann-Stuttgart begrüßte die Parteifreunde und -Freundinnen namens des Stuttgarter Vereins, worauf Parteisekretär Hopf den Geschäftsbericht erstattete. Aus dem Bericht ist zu erwähnen, daß die Partei jetzt in 246 Ortsvereinen mit 50589 Mitgliedern organisiert ist. Dazu kommen noch 49 Frauengruppen, 18 Jugendvereine, 30 Weingärtner- und 46 Bauernvereine, mit denen die Gesamtzahl der organisierten Mitglieder die Summe von 58000 übersteigt. Den Kassenbericht erstattete Landeskassier Paul Ilg-Stuttgart. Darauf folgte ein wohldurchdachtes Referat von Fräulein Mathilde Planck über die Frauen in der Partei, wobei die Rednerin in ihrer bekannten geistreichen Art die Probleme Frau und Arbeit und Frau und Politik einer eingehenden Würdigung unterzog. Aus den Verhandlungen ist zu erwähnen, daß Dr. Schmückle-Cannstatt eine stärkere Heranziehung der Jugend zu den politischen Arbeiten wünschte, wobei er von Dietrich-Stuttgart namens der demokratischen Jugendvereine unterstützt wurde. Professor Wild-Hall berichtete über die Arbeit im Lande. Direktor Colsmann-Friedrichshafen bemängelte die Zusammensetzung des Hauptausschusses, in dem das Land zu wenig vertreten sei. Hahn-Stuttgart sprach über Arbeiterfragen. Zum Schlusse des ersten Tages wurde das Parteistatut beraten und mit unwesentlichen Aenderungen einstimmig angenommen.

Stuttgart, 28. Juli. Der zweite Tage erbrachte gestern in seiner Nachmittagssitzung zunächst die Wahlen, bei denen Konrad Haußmann mit 275 zum ersten, Hieber mit 272 Stimmen zum 2. Vorsitzenden gewählt wurde. Vertreter im geschäftsführenden Ausschuß in Berlin sind: Konrad Haußmann, Theodor Heuß, Mathilde Planck und H. G. Bayer, ihr Stellvertreter P. Bruckmann, Johs. Fischer, Dr. Wölz und Thekla Kauffmann. Schließlich wurden Entschließungen angenommen, deren 1. sich geschlossen hinter die Fraktion im Landtag stellt, deren 2. der Fraktion in der Nationalversammlung das Vertrauen zu ihrer Haltung in der Friedensfrage ausspricht und deren 3. die möglichst baldige Verabschiedung und Durchführung des Kriegsnotopfers fordert. Nach einem Schlußwort des Abg. Scheef wurde die Tagung mit einem Hoch auf die Partei geschlossen.

Erklärungen Helfferichs und Michaelis.

Berlin, 26. Juli. Staatsminister a. D. Helfferich veröffentlicht in der „Kreuz-Zeitung" ein längerer Gegenartikel, den er „Erzbergers Entlastungs-Offensive" überschreibt. Ueber den angeblichen Friedensschritt Englands durch Vermittlung des päpstlichen Stuhls Ende August 1917 meint Helfferich, Kanzler und Staatssekretär des auswärtigen Amtes hätten hinsichtlich Belgiens vollkommen freie Hand gehabt. Warum der päpstliche Nuntius erst am 24. September eine Antwort erhalten hat und warum die vom Reichskanzler Michaelis unterschriebene Antwortnote eine entsprechende Erklärung nicht enthält, darüber meint Herr Helfferich, müßten erst einmal die Herren Michaelis und v. Kühlmann sich äußern. Schon im September 1917 ergab sich, daß die angebliche Friedensbereitschaft Englands im August-September 1917 nichts war, als eine Seifenblase, daß England gar nicht daran dachte, um den Preis der Wiederherstellung Belgiens Frieden zu machen, sondern auf dem Standpunkt der hochmütigen und siegessicheren Ablehnung eines Verständigungsfriedens beharrte, auf den es sich im Laufe des Sommers gestellt hatte. Die guten Absichten des Papstes, der offenbar den einen mit dem guten Willen des andern versöhnlich zu stimmen suchte, konnten daran nichts ändern. Es bleibt dabei, so schließt Helfferich: Die einzige ernsthafte Friedensmöglichkeit während des ganzen Krieges bestand im Sommer 1917 und diese Friedensmöglichkeit hat Herr Erzberger zerstört.

Berlin, 26. Juli. Der frühere Reichskanzler Michaelis gab eine Erklärung zu Erzbergers Enthüllungen ab. Bei der Erörterung der Enthüllungen Erzbergers auf dem Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei Württembergs hat der Abg. Conrad Haußmann erklärt, daß der durch Vermittlung des Vatikans im Jahre 1917 von der englischen und französischen Regierung unternommene Schritt zum Frieden von dem Reichskanzler Michaelis und seiner Regierung weder dem damaligen Vertrauensausschuß der Reichstagsfraktionen, noch später dem Vizekanzler von Payer mitgeteilt wurde. Beide wurden in völliger Unkenntnis gelassen. Die Regierung trieb ein planmäßiges Versteckspiel, das erst jetzt enthüllt ist. Dieses Verschweigen dürfte einen hinreichenden Grund bilden, den früheren Reichskanzler Michaelis und seinen Hauptmitarbeiter Helfferich vor den Staatsgerichtshof zu ziehen.

Der Tag der Abrechnung.

Roman von A. v. Trystedt.

46 (Nachdruck verboten.)

Am nächsten Tage hielt das Hochfeldsche Auto vor seinem Hause, die Damen grüßten und winkten, als er ans Fenster trat, und im selben Moment erschien auch schon der livrierte Diener und überbrachte ihm die Einladung der Baronin zu einer Spazierfahrt.

Und seltsam, so fest Magnus sich auch vorgenommen hatte, mit der Familie des Barons nicht wieder zusammenzutreffen, jetzt überwog doch die Freude.

Gut war es, daß er gerade zum Ausgehen angezogen war. Er brauchte nur den Hut und die Handschuhe zu nehmen.

„Wir fürchteten schon, Sie nicht mehr anzutreffen, Herr Vollmer," begrüßte ihn die Baronin, „gestern behaupteten Sie, heute unbedingt reisen zu müssen."

„Ich bleibe noch mehrere Tage, gnädige Frau, der Wald gibt mich so schnell nicht frei."

Er verschwieg absichtlich, daß er seinen Vater erwartete. Vielleicht wäre es diesem nicht recht gewesen, wenn jemand vorher von seiner Absicht, hierherzukommen, erfahren hätte.

Edith konnte den Blick nicht von ihm wenden. Unwillkürlich verglich sie ihn heute mit Wellnitz, der verbittert und verarbeitet über seinen Zeichnungen brütete.

Wie frisch und jung sah Magnus aus, und keineswegs wie ein träger Genußmensch. Sicher kannte er die Arbeit nicht nur vom Hörensagen.

„Also eine solche Anziehungskraft besitzt unser Wald," meinte die Baronin, „darauf können wir ja stolz sein. Aber muß ich Sie warnen, Herr Vollmer. Wagen Sie sich nicht allein, wenigstens nicht unbewaffnet, zu tief hinein in den Forst. Es treiben Wilddiebe zurzeit ihr Unwesen. Herr von Hübner klagt uns fast täglich seine Not, die er mit den wüsten Gesellen hat, sie machen ihm schwer zu schaffen, und es war bisher nicht möglich, einen von der Rotte zu stellen."

„Die Bande!" rief Magnus grimmig, „ich möchte dem Herrn Forstmeister meinen Beistand bieten, vielleicht gelingt es unserer vereinten Aufmerksamkeit, die Burschen unschädlich zu machen."

Da beugte sich Edith vor, und wie beschwörend legte sie ihre kleine Hand auf Vollmers Arme. „Seien Sie nicht vorwitzig, mit solchem Gelichter weiß Herr von Hübner am besten umzugehen. Wie leicht aber könnten Sie Schaden nehmen, ohne irgend jemand damit zu nützen. Versprechen Sie mir, dieser gefährlichen Sache fernzubleiben. Sie haben mir doch erzählt, daß Sie die einzige Freude Ihres Vaters sind, Herr Vollmer, schon seinetwegen ist es Ihre Pflicht, jede Gefahr zu meiden."

„Sieh, sieh, ich hätte gar nicht geglaubt, welch ein beredter Anwalt meine kleine Tochter sein kann. Aber recht muß ich dir geben, Edith, wer sich mutwillig in Gefahr begibt, kommt leicht darin um, Herr Vollmer. Ueberlassen Sie die Entlarvung der Wilddiebe unserem Forstmeister!"

Magnus hatte Edith mit einem flammenden Blick für ihre Sorge um ihn gedankt. „Gut, ich will Ihren Rat befolgen, Baronin, obgleich die Gefahr mich lockt. Und mein Vater ist es gewohnt, mich im Kampf mit feindlichen Elementen zu wissen. Sein Wahlspruch ist: Unser Leben steht in Gottes Hand. Er will ja doch keinen Feigling zum Sohn. Nur herausfordern soll ich das Schicksal nicht."

„Das würden Sie aber in diesem Falle tun, Herr Vollmer," eiferte Edith, „drum versprechen Sie, was ich wünsche."

Ihre schönen Augen baten so voll Herzensangst, daß Magnus lachend gelobte, sich an der Jagd auf den Wilddieb nicht zu beteiligen.

Edith erkannte recht wohl, daß es ihm mit diesem Gelöbnis nicht ernst war; auf einen Wink ihrer Mutter aber gab sie es auf, weiter mit Bitten auf ihn einzudringen.

Auch von Trinöve begann Edith zu sprechen. Aber die Baronin schnitt jedes weitere Wort mit der Bemerkung ab:

„Ich wünsche nicht, daß meine Tochter sich in diese Angelegenheit mischt. Ehestreitigkeiten müssen die Betreffenden allein ausfechten. Jeder Dritte ist dabei vom Uebel. Die Trinöves hätten ganz gewiß besser daran getan, die öffentliche Meinung nicht herauszufordern. Ohne stichhaltigen Grund wird der Direktor sie nicht aus dem Hause gewiesen haben —"

„Aber Mama —"

„Ja, ja, es ist schon so, mein Kind, Dienstboten haben bei derlei Anlässen scharfe Ohren; es ist Lona von ihrem Gatten befohlen worden, zu verreisen. Sie hat sich auch damals sofort aufgemacht und ist gegangen, um nicht wiederzukommen. Ich habe sie für eine anständige Person gehalten, ihr wirklich nicht zugetraut, daß sie einen so ehrenwerten Menschen wie Trinöve betrügen, unglücklich machen würde."

„Du siehst ohne weiteres in Lona die Schuldige, Mama, und pflegst überhaupt bei Ehezwistigkeiten von vornherein die Frauen zu verurteilen —"

„Unbedingt. Denn eine kluge Frau weiß einen Skandal zu vermeiden. Ihre Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß Streitigkeiten und Konflikte nicht über die Schwelle ihres Hauses hinausdringen."

Edith verzog schmollend den Mund, Vollmer aber küßte der Baronin respektvoll die Hand.

„Ich muß Ihnen unbedingt beipflichten, gnädige Frau. Baronesse darf sich glücklich schätzen, eine so kluge, feinsinnige Mutter zu besitzen. Auch die glücklichste Frau hat vielleicht ihr Skelett im Hause und tut am besten, es vor jedem spähenden Blick von außen zu verbergen."

„Es freut mich, daß Sie mich verstanden haben, Herr Vollmer," sagte die Dame; sie war einfach entzückt von Magnus. „Einen solchen Schwiegersohn hätte ich mir gewünscht," dachte sie, „er ist wirklich gut erzogen und hat tadellose Manieren."

Nachdenklich betrachtete sie Edith, deren Gesichtchen vor Freude an diesem Zusammensein glühte, und dann Magnus, dessen Augen in einem verklärten Licht glänzten.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aufhebung des Kleinverkehrs mit Speisekartoffeln.

Die Landeskartoffelstelle in Stuttgart hat durch Erlaß vom 25. Juli 1919 den seit 1. Juni 1919 zugelassenen Kleinverkehr mit Speisekartoffeln und damit die Gültigkeit der ausgegebenen **Kartoffelversandmarken** mit sofortiger Wirkung **aufgehoben.** Einzelne besonders dringende Ausnahmen wird die Landeskartoffelstelle, Verw.Abtlg., auf Ansuchen noch zulassen.

Die Schultheißenämter werden hiervon in Kenntnis gesetzt und ersucht, erforderlichenfalls für weitere Bekanntgabe vorstehender Bestimmungen Sorge zu tragen.

Versandmarken dürfen nicht mehr ausgegeben werden.

Neuenbürg, den 25. Juli 1919.

Oberamt.: J. V.: Reg.-Ass. Killing.

Bekanntmachung, betreffend Weinsteuerpflicht bei Obstmostverkäufen.

Es ist Anlaß gegeben, darauf hinzuweisen, daß auch die ausnahmsweise, nicht gewerbsmäßige Abgabe von Obstmost weinsteuerpflichtig und bei der Steuerbehörde — Kameralamt — anzumelden ist. Zur Anmeldung und zur Entrichtung der Steuer ist der Verkäufer verpflichtet. Er hat dem Käufer den Steuerbetrag besonders zu berechnen und dieser hat die Steuer mit dem Kaufpreis an den Verkäufer zu bezahlen.

Die Anmeldung zur Versteuerung hat mit dem vorgeschriebenen Anmeldevordruck beim Kameralamt zu erfolgen, von dem die Vordrucke abgegeben werden und auch weitere Auskunft bezüglich der Steuerpflicht erteilt wird.

Nichtanmeldung wird gemäß § 22 des Weinsteuergesetzes mit dem vierfachen Betrag der Steuerverkürzung, mindestens aber mit 50 ℳ, bestraft.

Neuenbürg, den 24. Juli 1919.

Bezirkssteueramt:
Mangold.

Bekanntmachung.

Es wird hiemit nochmals zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß jede Beschädigung von staatseigentümlichen Bäumen an Staatsstraßen, ferner das unbefugte Aneignen, Herunterreißen und -werfen von Blüten und Obst jeder Art von diesen Bäumen **unnachsichtliche** gerichtliche Verfolgung zu gewärtigen hat. Eltern werden für ihre minderjährigen Kinder haftbar gemacht.

Neuenbürg, den 25. Juli 1919.

Straßenmeisterstelle.
Baab.

Höfen a. Enz.

Stammholz-Verkauf.

Am Mittwoch, den 30. Juli 1919,
vormittags 11 Uhr,

kommen auf dem Rathaus im schriftlichen Aufstreich aus dem Gemeindewald Distr. II Abt. Schaiblesacker zum Verkauf:

122 Tannen I.—V. Kl. mit 187,28 Fm.

Die verschlossenen, vom Bieter unterzeichneten, bedingungslosen, in ganzen und Zehntelsprozenten ausgedrückten Angebote mit der Aufschrift „Angebot auf Stammholz" wollen spätestens zu obengenannter Stunde dem Schultheißenamt übergeben werden.

Der alsbald auf dem Rathaus erfolgenden Eröffnung der Angebote können die Bieter anwohnen.

Klasseneinteilung und Taxpreise von 1919. Der Ausschuß ist zu 100 Prozent der Taxpreise berechnet.

Den 24. Juli 1919. **Schultheiß Feldweg.**

Wildbad.

Stangen-Verkauf.

Am Mittwoch, den 30. Juli 1919, vorm. 11 Uhr, werden auf dem Rathaus aus **Walddistrikt III Sommerberg** Abteilungen 4c Blücherhalde und 17c Fünf Bäume

35 Stück Baustangen I/III. Klasse,
213 Stück Hopfenstangen I/III. Klasse,
135 Stück Bohnenstecken
80 Stück Rebstecken I. Klasse

öffentlich gegen Barzahlung verkauft.

Stadtpflege.

Gruis Augenwasser
Seit anno 1785
bewährt bei roten, tränenden Augen, schwärenden, nach dem Schlafen verklebten Augenlidern, chronisch-feuchten Augenentzündungen, schwachen oder angestrengten Augen (Flimmern) u.
Zu haben in den Apotheken ℳ 1.50 die Flasche.
Jac. Friedr. Gruis, Heilbronn a. N.

Ia. Fußbodenöl, geruchlos,
Ia. Bodenwichse,
Metallputzmittel „Triumph"
Ia. reine verseifte Oelqualitätsware, liefert dauernd und billig
Bürkle & Klinnert, chem.-techn. Produkte,
Stuttgart, Kronprinzstraße 3.

Ein Waggon
Dörrgemüse-Futter
für Pferde, Vieh und Schweine
ist eingetroffen.
R. Silbereisen, Neuenbürg.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Sitzung d. Gemeinderats
am Dienstag, 29. Juli 1919,
abends 6 Uhr.
Tagesordnung:
1) Ergänzung der örtlichen Inventurbehörde.
2) Angelegenheiten der laufenden Verwaltung.
3) Planmäßige Anstellung eines dritten Polizeidieners.
4) Wohnungsfrage.

Den 26. Juli 1919.
Stadtschultheiß Knodel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
An die Haushaltungen der Fleischkartennummern 358 bis 488 kommt ein Rest
Nahrungsmittel
zur Ausgabe.
Die Anweisungen hierzu können am **Dienstag, den 29. Juli,** vorm. 8 Uhr, hier abgeholt werden.
Städt. Lebensmittelstelle.
J. A.: Klink.

Gesucht wird in herrschaftl. Haushalt nach Karlsruhe Bismarckstr. z. 1. Sept od. später
perfekte Köchin,
die etwas Hausarbeit übernimmt, ferner
Zimmermädchen,
das nähen und bügeln kann. Tadellose Verpflegung u. Unterkunft, hoher Lohn. Angebote mit Zeugnissen an
Frau **Vierling, Herrenalb,**
Haus Elsbeth.

Nach Stuttgart in kl. Familie für Küche und Haushalt bis Mitte August
sol. Mädchen gesucht.
Näheres zu erfahren bei Frau **Wagner,** z. Zt. Hotel Post, **Wildbad.**

Zwei Mädchen
für alles sowie ein
Küchenmädchen
gesucht von
Reformschule Wildbad.

Tüchtige Steinhauer und Steinbrecher
sofort gesucht nach Birkenfeld.
Chr. Käser, Baugeschäft.
Pforzheim, Westliche 147 a.

Brennholz
buchen, tannen und forlen waggonweise **zu kaufen gesucht.**
Angebote unter Nr. 75 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Zwei Waggons
Brennholz
kauft
Reformschule Wildbad.

Dachpappe,
Maschinenöl,
Eisenlack, Lederfett,
Wagenfett,
für Wiederverkäufer Rabatt, empfiehlt
Fritz Krauß,
Wildbad, Hauptstraße 148.

Ia. Wagenfett
(Friedensware) in Kübeln zu 10 Pfund Mark 9.—
Ia. Karbolineum
(Friedensware) in Fässern hat abzugeben
August Rost,
Vaihingen a. F.

Neuenbürg.
Einen Wurf reifer
Milchschweine
hat zu verkaufen
R. Silbereisen.

Eine trächtige
Nutz- u. Fahrkuh
ist zu verkaufen.
Birkenfeld, Dietlingerst. 37.

Arnbach.
Ein schönes
Zuchtrind
setzt dem Verkauf aus
Wilh. Kottler.

Kapfenhardt.
Unterzeichneter setzt ein 6 bis 7 Jahre altes
Rassen-Pferd
174 cm groß, Fuchs-Wallach, guter Einspänner unter jeder Garantie dem Verkauf aus.
J. Gengenbach.

Schwann.
Verkaufe 6 Monate alte
Hühner,
sowie
2 Glucken
mit Jungen und 2
Milchziegen
Carl Gentner,
Gärtner.

Nähmaschine
ganz neu, zum Vor- und Rückwärtsnähen billig abzugeben
Karl Geiger,
Birkenfeld, Uhlandstr. 7.

Eine Chaise
(Halbverdeck), neu oder gut erhalten, **sucht zu kaufen**
Schwarzwaldheim Schömberg,
Station Höfen.

Ia. Rauchtabak
vorzügl. im Geschmack, nicht beißend, liefert, Mindestversand 1 Pfd., per Post-Nachnahme
Alfred Lutz, Calw.

Achtung!
Ziehharmonikas,
alte, können auf neue umgetauscht werden; daselbst sind 42 Stück gebrauchte ein-, zwei- und dreireihige von verschiedenen deutschen Firmen sowie einige ausländische billig zu verkaufen.
Ziehharmonikamacher
Gebr. Hohner & Hohnloser.
Pforzheim, Bergstraße 27.

Hühneraugen beseitigt dauernd
Ria-Balsam.
Ueberraschende Erfolge! Viele Dankschreiben!
Preis: 2.50 Mk., franko.
Hofapotheke Hechingen,
Hohenzollern.

Konto-Büchlein
empf. d. C. Meeh'sche Buchdr.

Dresdner Bank
Aktienkapital und Reserven
M 340 Millionen
Stuttgart · Cannstatt
Heilbronn Ulm

Neu eingetroffen:
Gerstenmehl,
zum Backen geeignet,
Dörrobst, Feigen
Zwetschgen, Gries, Salatöl,
gebr. Kaffee
in bekannter Güte.
Ohne Marken!
Pfannkuch & Co
Neuenbürg, Telefon 70.

Neuenbürg.
In meiner Oelmühle
kann von jetzt ab jeden Tag **Reps** geschlagen werden. Oelsamen, der nicht gut getrocknet ist, muß zurückgewiesen werden.
Schlagscheine sind mitzubringen.
L. Mann.

Getragene weiche Herren-Filzhüte
werden nach der neuesten Mode tadellos umgeformt bei billigster Berechnung in kurzer Lieferzeit.
Joh. Kressel, Pforzheim,
Genossenschaftstr. 11. Tel. 3175.

H. MAIER, Homöopath und Naturheilkundige
Eigene Fachbehandlung für **Frauenleiden,** Weissfluss, Gebärmutter-Senkung, Kropf, Beinleiden, Bettnässen, Blasenleiden, Gicht, Hämorrhoiden, Bartflechte, Malaria, Nerven-, Herz- u. Lungenleiden.
Sprechzeit Pforzheim östliche 51 täglich vormittags 10—½12, nachmittags ½4—½6 Uhr.
Samstag und Sonntag auswärts.

Schutzmarke.
Keine Getränkenot!

Altbewährt!
Erfreut ist jeder
über
seinen Haustrunk
aus
Heinen's Kunstmostextract
(Heinen's Trankextract).
Vorzüglich auch zum Strecken von Obstmost. Das Liter zu 15—16 Pfg. In Verschlußflaschen zu 50, 100 und 150 Gr. mit und ohne künstl. Süßstoff fast überall erhältlich; wo nicht Bezugsquellen durch:
Heinen's Kunstmostextrakt-Fabrik Pforzheim.

Was ist der Frau erlaubt wenn sie liebt? Ein gutes Buch von Käthe Sturmfels, gleich nützlich zu lesen für Jungfrau und Jüngling, Weib oder Mann. Bereits 40000 Bücher verkauft. Preis M 2,70 portofrei gegen Voreinsendung oder unter Nachn. durch Kosmos-Versand, Feuerbach 63 (Württ.)

Säg- oder Mahl-Mühle
ev. auch älteres Anwesen, welches sich dazu eignet, zu kaufen gesucht.
Stephan & Frank, Pforzheim
Zähringer Allee 32.

Zigarren und Zigaretten
nur echte Ware, sehr billig. Jedes Quantum sofort lieferbar. Mustersendung gegen Einsendung von 30 Mk. Verpackung nicht gegen Nachnahme. Nachnahmebestellungen werden nicht beantwortet.
L. Müller & Cie., Mimbach (Rheinpfalz).

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw